

Dr. Franz-Josef Wissing

Wirtschaftliche Globalisierung und Integration Konsequenzen für die Verbandspolitik

Meine Damen und Herren,

bei der Behandlung dieser Themenstellung argumentiere ich auf der Grundlage meines Erfahrungshorizontes aus der verbandlichen Tätigkeit für die Elektroindustrie. Es ist davon auszugehen, daß die Schlußfolgerungen in gewissem Umfang analog auch für andere Industriebranchen gelten.

Zunächst wende ich mich den Kernfunktionen der Verbände zu:

I.

Mit der Bildung von Wirtschaftsverbänden verfolgen Unternehmen drei Schwerpunkte.

1. Verbände schaffen eine institutionalisierte Gesprächsplattform für Unternehmen, die sich ansonsten im Wettbewerb auseinanderzusetzen

haben.

Durch diesen Informationsaustausch werden wirtschaftliche und technische Sachzusammenhänge konkretisiert. Gemeinsame Belange und Ziele werden soweit möglich ohne Einschaltung staatlicher Stellen verfolgt.

2. Der Informationsaustausch befähigt die Verbände, wirtschaftspolitische Entscheidungsträger sachkundig und fundiert beraten zu können. Durch diese Sachverständigenfunktion erfüllen die Verbände eine eminent wichtige wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe. Zugleich erleichtern sie ihren Mitgliedern die Orientierung in ihrem wirtschafts-, technologie- und umweltpolitischen Umfeld.
3. Schließlich sind die Verbände natürlich auch Interessenvertretungen, die - mit Augenmaß für das Gemeinwohl - im pluralistischen Konzert der Interessengruppen die spezifischen Anliegen ihrer Mitglieder fördern.

Bei dieser Aufgabenstellung können Verbände ihre Rolle nur erfolgsorientiert wahrnehmen, wenn sie hautnah die Entwicklung der Branchen verfolgen, in

Tuchföhlung mit den akuten Problemen der Mitglieder bleiben und sich in Aufgabenstellung und Struktur dem Wandel ihres Vertretungsbereiches anpassen.

Der ZVEI ist das Sprachrohr der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie. Rund 1.300 Mitgliedsunternehmen erstellen Produkte vom Mikrochip bis zum Kraftwerk und von der Energiesparlampe bis zum weltumspannenden Kommunikationssystem. Als Motor des technischen Wandels - und von der Internationalisierung herausgefordert - befindet sich die Elektroindustrie in einem raschen Transformationsprozeß.

Der Verband hat diesen Wandel mit seinen Mitgliedern aktiv gestaltend mit zu vollziehen.

II.

Wesentliche Antriebskräfte für den Strukturwandel sind die technologische Entwicklung, die zunehmende Vernetzung der Technologien und die eng damit verknüpfte Globalisierung der Märkte und der Unternehmen.

Um Ausmaß und Intensität der Entwicklung offenzulegen, können ein paar empirische Daten hilfreich sein:

Seit 1950 hat sich die Elektroproduktion in Westdeutschland preisbereinigt um rund das 25fache erhöht.

Seit langem wächst die Elektroproduktion dabei deutlich rascher als die gesamtwirtschaftliche Produktion. Im Trend liegt der Wachstumsvorsprung bei rund 2 Prozent.

Zugleich hat sich zwischen 1950 und 1992 der Anteil der Exporte an der Produktion der deutschen Elektroindustrie von 11 Prozent auf 58 Prozent erhöht. Parallel dazu ist die Importquote von 2 Prozent auf 57 Prozent angestiegen.

Die deutsche Elektroindustrie ist inzwischen tief mit der internationalen Wirtschaft verwoben. Nur der relativ kleinere Teil der elektrotechnischen Gesamtproduktion am Standort Deutschland unterliegt noch der nationalen Rahmensetzung und kann somit durch die nationale Wirtschaftspolitik unmittelbar gesteuert werden. Dies ist ein klares Indiz dafür, wie sehr der

Produktionsstandort Deutschland bereits von Entwicklungen abhängt, die außerhalb der nationalen Souveränität liegen.

Es gibt nicht mehr - wie in den vergangenen Jahrzehnten - das Technologie-Monopol einiger weniger Industrie-Staaten des Westens.

Anspruchsvolle Technologie kann heute rund um den Erdball in zuverlässige und wettbewerbsstarke Produkte umgesetzt werden.

Preiswerte und weltweit verfügbare Kommunikationsdienste sowie die wachsende Mobilität des Kapitals verstärken den Trend zur internationalen Arbeitsteilung kontinuierlich.

Die damit einhergehende Verschärfung des Wettbewerbs wird sich fortsetzen.

In der Elektroindustrie erzeugen drei weitere Antriebskräfte eine zusätzliche Beschleunigung der wirtschaftlichen Globalisierung:

1. Hohe Entwicklungskosten für innovative Produkte zwingen zu grenzüberschreitenden strategi-

schen Allianzen, um die Risiken auf mehrere Schultern zu verteilen.

2. Hohe Entwicklungsaufwendungen schaffen zugleich die Notwendigkeit, durch die Produktion höherer Stückzahlen sinkende Stückkosten zu erzielen, die wiederum nur durch Exporte in andere Teile der Welt einen ausreichend großen Markt finden.

Hersteller von Vermittlungssystemen in der Kommunikationstechnik müssen beispielsweise einen Weltmarktanteil von mehr als 10 Prozent haben, um ihre Entwicklungskosten innerhalb des Produkt-Lebenszyklus zu verdienen.

Hierdurch entsteht ein inhärenter Drang, auf den Weltmärkten Fuß zu fassen. In dem Begriff "global player" ist dieser Sachverhalt plakativ umschrieben.

3. Kürzere Produkt-Lebenszyklen schaffen darüber hinaus zusätzliche Herausforderungen an die Flexibilität und die Geschwindigkeit der Entwicklung und der Markterschließung, die oft nur durch internationale Zusammenarbeit technisch

und wirtschaftlich beherrschbar bleiben.

Insoweit ist die fortschreitende internationale Arbeitsteilung - oft begleitet von Konzentrationstendenzen - ein offensichtlich unaufhaltsamer Prozeß.

Überlagert wird die Globalisierung von der wachsenden Systemvernetzung elektrotechnischer Produkte, die sich mit der integrierenden Wirkung der Mikroelektronik und anderer Schlüsseltechnologien einstellt.

So werden beispielsweise in der Verkehrsleittechnik die Trägermittel, die Sensoren zur Messung der Verkehrsströme, die Computer zur Berechnung optimaler Verkehrswegenutzung, die Anzeigesysteme und die Rundfunkinformationen über Verkehrsverhältnisse zu einem funktionierenden Gesamtsystem zusammengeführt.

Über die Multimedia-Entwicklung zeichnet sich noch eine weitergehende weltweite Vernetzung von Datentechnik, Telekommunikation, Unterhaltungstechnik und Medienproduktion ab.

Diese zunehmende Vernetzung der Technologien - gepaart mit der wirtschaftlichen Internationalisierung -

schafft eine bisher noch nicht in den nationalökonomischen Lehrbüchern analysierte komplexe Mengegegelage.

Dies gilt insbesondere für die drei großen Infrastrukturbereiche Energietechnik, Telekommunikation und Verkehrstechnik.

Und gerade diese Infrastrukturprodukte haben in der Elektroindustrie eminentes Gewicht. Über ein Drittel der Umsätze entfallen allein auf diesen Bereich.

Mit der Weiterentwicklung der technischen Möglichkeiten gehen hier fundamentale Veränderungen der Märkte einher. Nationale und internationale Nachfrager fordern immer häufiger funktionsfähige Gesamtlösungen.

Neueste Entwicklungen deuten zudem darauf hin, daß Produzenten von Infrastruktursystemen in Zukunft nur eine Marktchance behalten, wenn sie mit ihren Produkten zugleich Finanzierungsmodelle anbieten und sich überdies am Betrieb der Anlagen beteiligen. Mit der Systembildung entstehen zusätzliche Aufgaben, die über die traditionellen Aktionsfelder der Industrie hinausweisen.

Was bedeutet dies für unsere Unternehmen:

- ◆ Neben die Betrachtung einzelner Produkte, wie sie dem bisherigen Organisationszuschnitt vieler großer Unternehmen - aber auch des ZVEI - entsprach, treten immer häufiger Schnittstellen. Entsprechend steigt der Abstimmungsbedarf unter verschiedenen Herstellern. Hinzu kommt, daß die Trennlinie zwischen Hardware, Software und Dienstleistungen immer unschärfer wird.
- ◆ Dieser Trend zur Systemintegration wirkt weit über die Grenzen des einzelnen Unternehmens oder der Branche hinaus.

Ein digitales Fernsehsystem beispielsweise hat keine Realisierungschance, wenn Programmhersteller, Satelliten- und Kabelbetreiber sowie aussendende Rundfunkanstalten nicht am gleichen Strang ziehen, die Regulierungsbehörden nicht die notwendigen Frequenzen freigeben und die Parlamente und die Landesmedienanstalten nicht die medienrechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Oder die Idee eines neuen Mehrwertdienstes in der Kommunikation kann nicht realisiert werden, wenn die Netzstruktur nicht vorher auf den neuesten Stand der Technik gebracht ist.

Ebenso kann Verkehrsleittechnik nur unter Mitwirkung von Bund, Ländern und Kommunen und - wo nötig - in Abstimmung mit der Europäischen Union eingeführt werden.

In gleicher Weise hat ein intelligentes und schnelles Verkehrssystem auf Schienen keine Zukunft, wenn sich vorher niemand für die Finanzierung des Fahrweges verantwortlich fühlt.

Mit anderen Worten:

Der Systemverbund schafft in wachsendem Maße Abhängigkeiten von mitbestimmenden Instanzen, die nicht alle der Industrie zurechenbar sind.

Die von den Prinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung geprägte Wirtschaftspolitik stößt zunehmend auf bisher unbekannte Bedingungen. Eine leistungsstarke Infrastruktur ist zugleich Voraussetzung und Ergebnis erfolgreicher Wirtschaftspolitik. Hier entsteht ein zunehmender Bedarf an Abstimmung zwischen staatlichen, gesellschaftlichen und industriellen

Kräften. Technologische, wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Entwicklungen verzahnen sich zunehmend.

Man mag dies "Industriepolitik" nennen, was - wie Sie wissen - in Deutschland ein umstrittener Begriff ist. Aus der Lagebeschreibung müssen wir jedoch folgern, daß eine neue Kultur der Kooperation von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft auch im internationalen Rahmen zur Erhaltung des Standortes Deutschland von großer Bedeutung ist.

In der Verbandspolitik müssen wir die Herausforderungen der weltweiten Arbeitsteilung in Übereinstimmung bringen mit einer integralen und ganzheitlichen Betrachtungsweise für technisch und wirtschaftlich zusammengehörende Großprojekte. Gleichzeitig sollen die Interessen des Standortes Deutschland - insbesondere das Anliegen eines beschäftigungsrelevanten Produktionsumfangs - gewahrt bleiben. Daraus entsteht eine konfliktierende Interessenlage, die Industrieverbände zu optimieren haben.

Eine der großen Herausforderungen für den ZVEI beispielsweise ist, diese strategischen Zusammenhänge deutlich zu machen und dabei branchenüber-

greifend im internationalen Konsens die Elektroindustrie zu fördern.

III.

Welche Schwerpunkte ergeben sich aus diesen Entwicklungen für Verbände wie den ZVEI?

Traditionell sind Industrieverbände auf die Inlandsproduktion fokussiert. Um nicht aus dem Gleichgewicht mit ihrer Branche zu geraten, müssen die Verbände nunmehr ein neues, internationales Weltbild verinnerlichen und Struktur wie Aufgaben daran ausrichten. Einige typische Grundfragen seien hierzu exemplarisch aufzeigt:

1. Wirtschaftspolitische Ziele und daraus abgeleitete ökonomische Bestandsaufnahmen sind stärker mit der Außen- und Sicherheitspolitik zu verzahnen und zu synchronisieren.
Weltweite wirtschaftliche Verflechtungen, in denen Zulieferungen aus allen Regionen der Welt zu Produkten und Systemen zusammengefaßt werden, setzen eine gesicherte friedliche Kooperation und ein weltweites Netz von Regeln zur Konfliktlösung voraus.

Je tiefer die Arbeitsteilung gestaffelt ist, desto konfliktanfälliger werden die wirtschaftlichen Belange der nationalen Volkswirtschaften. Verbandsarbeit heißt daher immer auch Förderung der internationalen Zusammenarbeit und Schaffung neuer wirkungsvoller Abstimmungsmechanismen.

Verbände werden so fast zwangsläufig zu Vorreitern für die Schaffung leistungsfähiger Konsensmechanismen im Rahmen der internationalen Beziehungen.

Es ist aber auch ihre Aufgabe, auf eventuelle Risiken einer überzogenen Arbeitsteilung und deren Folgen bei einer sicherheitspolitisch bedingten Unterbrechung des freien Güteraustauschs aufmerksam zu machen. Das gilt besonders für den ungehinderten Zugang zu moderner Technologie im Sinne einer technologischen Reservebildung.

2. Eng mit der prinzipiellen Offenheit für freie Märkte verbunden ist das vitale Interesse an multilateralen Vereinbarungen für den Handelsaustausch.

GATT und World Trade Organisation (WTO) bedürfen der kontinuierlichen Unterstützung durch die Industrieverbände; dies gilt auch für den inner-nationalen Interessenausgleich. Allerdings gehört dazu das geschärfte Bewußtsein, daß mit globaler Arbeitsteilung die kulturell sehr unterschiedlichen Verhaltensweisen im Wettbewerb noch schärfer unmittelbar aufeinanderprallen.

Handelsliberalität muß in einem solchen Umfeld im Zusammenhang mit der Forderung nach überzeugender Reziprozität gesehen werden. Wo nötig, ist die Reziprozität mit Nachdruck zu fordern und auch durchzusetzen. Für Industrieverbände hat dies ein vorrangiges Betätigungsfeld zu sein.

3. Eine gewisse Konfliktsituation entsteht für den freien Warenaustausch aus der vorher schon angesprochenen Systemvernetzung.

In der Systemkompetenz liegt eine besondere Stärke der deutschen Elektroindustrie. Sie hat nachgewiesene Qualitäten in der Verknüpfung

einer Vielzahl von Technologien zu funktionsfähigen Gesamtlösungen.

Spannungsfelder im internationalen Handel bilden sich dann, wenn die ausschließliche Konzentration auf das Gesetz der komparativen Kosten für Einzelelemente eines Systems zum Verlust von Schlüsseltechnologien führen sollte. Dann wandern mit der Verlegung der Fertigung ins Ausland- vielleicht mit zeitlicher Verzögerung - auch andere Systemkomponenten mit und können so zu einer riskanten Ausdünnung in der Verfügbarkeit wichtiger Technologien führen.

Wir beobachten, daß - nicht zuletzt aus diesen Gründen - unsere wichtigsten Wettbewerber bei zukunftssträchtigen Technologien sehr darauf achten, Verfügbarkeit oder zumindest ungehinderten Zugang sicherzustellen. Daraus erwächst eine beachtliche Zurückhaltung in entscheidenden Wachstumsfeldern - wie beispielsweise bei der Telekommunikation - die Märkte de facto dem freien Wettbewerb zu öffnen.

Es ist daher Aufgabe von höchster Priorität für die Industrieverbände, auf den sensiblen Stel-

lenwert der Hoch-Technologien im internationalen Handelsaustausch hinzuweisen.

Die in der Vergangenheit erfolgreich erprobten liberalen Rezepte für den internationalen Handelsaustausch haben weiter Gültigkeit. Vorsicht und vernünftige Risikoabschätzung legen es aber nahe, die gewohnten theoretischen Modelle um Gesichtspunkte zu erweitern, die aus der systemintegrierenden Wirkung neuer Technologien und deren Konsequenzen für den internationalen Handel erwachsen.

Eine Industriepolitik, die auf Erkenntnisse dieser Art fußt, ist nicht zwangsläufig sektorale Steuerung, sondern ein Gebot der Vernunft und dringende Notwendigkeit mit Blick auf die Beschäftigung am Standort Deutschland.

Der ZVEI, als Vertreter einer Hochtechnologie-Industrie, kann zur sachlichen Diskussion kompetent beitragen. Hierzu gehören auch verbandliche Initiativen zur stärkeren politischen Unterstützung von Exporten, die in Deutschland eine - im Vergleich zu bedeutenden Konkurrenzländern - weniger ausgeprägte Tradition haben.

Es liegt nahe, an dieser Stelle die allgemeinen Schlußfolgerungen durch einige Daten der Exportbilanz zu illustrieren, um die Dimension der technologischen Risiken zu verdeutlichen.

1992 hatte Deutschland passive Handelssalden bei elektronischen Bauelementen in Höhe von 700 Mio DM gegenüber USA und von 1,2 Mrd DM gegenüber Japan.

In der Datentechnik verzeichnet die Statistik negative Salden in Höhe von 4,8 Mrd DM und 3,7 Mrd für den Handel mit Japan und den USA. Im Sektor der Telekommunikationssysteme sind es 500 Mio DM bzw. 1,2 Mrd DM.

Gerade in den mikroelektronisch geprägten Wachstumsbereichen, die zugleich eine unverzichtbare Basis für das später erwartete Wachstum der beschäftigungsrelevanten Dienstleistungen darstellen, gibt es Standortschwächen. Und es sind gerade die Hochtechnologie-Sektoren, auf die sich der internationale Wettbewerb mit besonderem Nachdruck konzentriert.

Es ist daher natürlich, hier für die Verbandsarbeit des ZVEI ein wichtiges Betätigungsfeld zu sehen.

4. Um die Schwerpunktfelder der Verbandspolitik im Rahmen der wirtschaftlichen Globalisierung abzurunden, sei darauf hingewiesen, daß die geographische Ausdehnung der Arbeitsteilung mit einem positiven Wettbewerbseffekt verbunden ist. Sie gibt den Unternehmen in Deutschland die Möglichkeit, durch Produktionsverlagerung von Zulieferungen die Kostenvorteile anderer Länder zu nutzen und dadurch für Endprodukte aus dem Standort Deutschland wettbewerbsfähig zu halten.

Insofern kann die Schaffung mehrerer regionaler Gravitationszentren pro Unternehmen in den wichtigsten Märkten der Welt dem nationalen Standort auch unter Kostenaspekten durchaus nützen.

Mit ansteigendem internationalen Engagement der Unternehmen erhalten jedoch Standortvorteile in anderen Nationen für die Investitionsentscheidungen eine wachsende Bedeutung. So folgt dem Export die Produktion im Ausland,

und der Produktion folgen strategische Bereiche wie Forschung und Entwicklung.

Für die Industrieverbände heißt dies, in der wirtschaftspolitischen Diskussion unmißverständlich deutlich zu machen, daß neben den Wettbewerb der Unternehmen ein Wettbewerb der Standorte getreten ist.

Der Spielraum für rein national orientierte Rahmenbedingungen schrumpft vor diesem Hintergrund unerbittlich. Jede wirtschaftlich relevante Entscheidung muß im Wissen um die Auswirkung auf den weltweiten Wettbewerb getroffen werden. Dies gilt für Steuerpolitik, Tarifaussensetzungen und Umweltmaßnahmen ebenso wie für politisch motivierte Einschränkungen der Technologieentwicklung.

Die Unternehmen müssen aus Überlebensgründen betriebswirtschaftliche Optimierung im globalen Maßstab anstreben. Den Verbänden fällt dadurch wachsende Verantwortung zu, die Konsequenzen nachteiliger Rahmenbedingungen für die nationalen Standorte in die politische Diskussion einzubringen.

5. Wie tief dabei gesellschaftspolitische Gewohnheiten betroffen werden, läßt sich am Beispiel der Bildungspolitik illustrieren. Absolventen der technischen Universitäten stehen über die wirtschaftliche Internationalisierung rund um den Erdball im Wettbewerb um Arbeitsplätze mit hochqualifizierten Ausländern, die stark motiviert das Studium in kürzeren Zeiten abschließen und erstaunliche Mobilität sowie Flexibilität zu geringeren Kosten anbieten.

Der ZVEI steht mit den Dekanen der technischen Universitäten im regen Meinungsaustausch, um die Ausbildungsziele und -inhalte diesen neuen Herausforderung anzupassen.

IV

In der beschriebenen Szenerie der Globalisierung ist die wirtschaftliche Integration - wie zum Beispiel in der Europäischen Union - gleichsam eine regionale Untermenge mit gravierenden Besonderheiten. Sie zeichnet sich dadurch aus, daß - regional begrenzt - der wirtschaftliche Austausch noch intensiver wird und durch bindendes Recht enger verwoben ist.

Für die Industrieverbände hat dies weitgehende Konsequenzen, weil dadurch - neben den Abstimmungsprozeß mit den nationalen Regierungen - quasi eine zusätzliche Abstimmungsebene mit der Kommission und ihren Organen tritt.

Bereits heute kommen nahezu 80 Prozent der die deutschen Unternehmen tangierenden Gesetze, Verordnungen und Auflagen nicht mehr aus Bonn, sondern aus Brüssel.

Die Verträge von Maastricht haben zudem einen neuen Schub für Kompetenzzuweisungen an die Europäische Union und das Europaparlament gebracht.

Der Binnenmarkt bedeutet, daß in den Unternehmensentscheidungen bisher nationale Standortdispositionen zu europäischen transformiert werden.

Als positive Folge dieser Verhaltensweise wird der Weg dafür geebnet, national zersplitterte Produktionsstandorte zu bereinigen, die Chancen des Binnenmarktes im Sinne der "economies of scale" zu nutzen und Europa auf diese Weise durch Überwindung der nationalen Fragmentierung zur unverzicht-

baren Basis für den weltweiten Wettbewerb zu machen.

Dabei fällt den Industrieverbänden die Aufgabe zu, eine Synchronisierung von nationalen Interessenlagen mit den Gemeinschaftszielen im Sinne eines möglichst optimalen Ausgleichs herbeizuführen.

Dieser Prozeß vollzieht sich in drei Schwerpunktbereichen:

1. Die Verbände müssen einerseits ein Ohr in der Nähe der Kommission haben, um neue Vorhaben und Richtlinien schon im "stadium nascendi" beurteilen zu können.

Anregungen für die Ausgestaltung der Ziele werden entweder im direkten Kontakt der nationalen Verbände mit der Kommission gegeben, oder aber - bereits untereinander abgestimmt - durch europäische Verbände präsentiert. Letzteres verleiht der Verbandsmeinung größeres Gewicht.

2. Mit Blick nach innen bedürfen andererseits die Initiativen der nationalen Wirtschaftspolitik einer

Folgenabschätzung der Auswirkungen auf das europäische Wettbewerbsgefüge.

Häufig erweisen sich nationale Alleingänge als nachteilig für die national ansässige Industrie. Diese Zusammenhänge lassen sich für Deutschland anhand von Beispielen wie den Exportbeschränkungen für dual-use-Güter bis hin zur geplanten Elektronikschrott-Verordnung leicht nachweisen.

3. Schließlich haben die Verbände darauf zu achten, daß verabschiedete Richtlinien in zeitlicher Übereinstimmung bei allen EU-Mitgliedern mit Leben erfüllt werden.

Gerade für die Elektroindustrie, in der bisher stark national ausgerichtete Bereiche der Infrastrukturtechnik liberalisiert werden, dürfen keine neuen Wettbewerbshindernisse durch asynchrone Umsetzung in EUROPA entstehen, was insbesondere dem Standort Deutschland zum Nachteil geraten würde. Auch hier gilt die Forderung nach Reziprozität.

In den Mittelpunkt der Verbandsarbeit rückt angesichts dieser Bedingungen das primäre Erfordernis, Mitgliedsunternehmen dabei zu unterstützen, in die erweiterten Horizonte des Binnenmarktes hineinzuwachsen.

Dies erstreckt sich von einer Ausweitung der Fusionskontrolle auf die nunmehr größeren Marktdimensionen über die Mitgestaltung der Forschungsförderung bis hin zur Schärfung des Bewußtseins dafür, was europagemeinsam geschehen muß und was andererseits im Sinne der Subsidiarität dezentralen Marktkräften überlassen bleiben kann.

Es ist selbstredend, daß mittelständische Unternehmen angesichts der Vielfalt der Initiativen und der komplizierten internationalen Zusammenhänge besonders auf das Service-Angebot der Verbände angewiesen sind. Der ZVEI unterhält auch deswegen in Brüssel ein eigenes Büro.

V

Bei dieser Aufgabenstellung wird es nicht verwundern, wenn sich rund um die Kommission fast 600 Wirtschafts- und Industrieverbände angesiedelt ha-

ben.

Im Interesse eines praktikablen Abstimmungsverfahrens muß den Beteiligten daran liegen, aus dem polyphonen Chor der nationalen Stimmen gemeinsame Positionen vorzuklären.

Die Kommission arbeitet daher bevorzugt mit Verbänden, die mit dem Mandat möglichst vieler Staaten sprechen können.

Der industrielle Dachverband BDI wirkt in diesem Sinne in dem europäischen Dachverband UNICE mit. Auf den Ebenen der Branchenverbände haben wir spiegelbildliche Strukturen. Der ZVEI beispielsweise ist Mitglied von ORGALIME, dem europäischen Branchenverband für Maschinenbau, Metallverarbeitung und der Elektroindustrie. Damit ist es nicht genug: Die 30 nationalen Fachverbände des ZVEI sind ihrerseits Mitglieder in 20 verschiedenen europäischen Verbandsgremien mit jeweiligem Branchenbezug.

Eine Vereinfachung dieser pluralistischen Vielgestaltigkeit wäre aus Gründen der Rationalisierung höchst wünschenswert. Nicht zuletzt das Gebot, in allen

Gremien zu identischen Sachfragen mit einer gemeinsamen Zunge zu sprechen, legt auch für den ZVEI eine gründliche Flurbereinigung und Vereinfachung der bisher ad hoc gewachsenen europäischen Verbandslandschaft nahe.

Wohin sich die Verbandsstrukturen entwickeln werden, ist gegenwärtig nicht mit Sicherheit vorauszusagen. Die Antwort läßt sich erst geben, wenn die Richtung zur politischen Union eindeutiger Konturen angenommen hat. Gegenwärtig behalten starke nationale Verbände unabweisbare Existenzberechtigung, solange wesentliche Entscheidungen durch die Ministerräte in souveräner Verantwortung getroffen werden.

Ob das Pendel in Richtung europäischer Verbände schlägt oder nationale Verbände sich selbst in Richtung europäischer Verbände transformieren, muß der zukünftigen Entwicklung überlassen bleiben.

VI

Verbände haben dafür Sorge zu tragen, nicht nur auf europäischer Ebene untereinander, sondern auch innerhalb ihrer nationalen Strukturen eine Anpassung

an die Erfordernisse der wirtschaftlichen Globalisierung im allgemeinen und der europäischen Integration im besonderen vorzunehmen.

Der ZVEI hat dies für seinen Verantwortungsbereich in zwei Schritten vollzogen:

Erstens wurde erkannt, daß die bisherige Verbandsarbeit mit einer produktorientierten Zersplitterung über 30 Fachverbände in Konflikt mit den technologischen Entwicklungstendenzen der Elektroindustrie in Richtung integraler Systeme geraten war.

Statt dessen wurden in der Zwischenzeit an markt- und sachorientierten Gemeinsamkeiten ausgerichtete Cluster - wie zum Beispiel für Informationstechnik, Energie- und Automatisierungstechnik und Konsumgüter - geschaffen.

Durch die damit ermöglichte verbandsübergreifende integrale Betrachtung von Branchentendenzen eröffnet sich die Chance, industriepolitische Zusammenhänge rechtzeitig erkennen zu können.

Die aktuelle Fragestellung beispielsweise, was Multimedia für die einzelnen Produktbereiche in

Deutschland bedeuten könnte, wird so leichter zugänglich.

Auf diese Weise wird der ZVEI befähigt, Handlungsschwerpunkte für die politische Verbandsarbeit antizipierend festzulegen.

Zweitens hat sich der Verband von der Beschränkung der Mitgliedschaft auf Produzenten am Standort Deutschland gelöst.

Im Prinzip können durch Schaffung der EURO-Mitgliedschaft Unternehmen die Mitgliedschaft erwerben, die im geographischen Rahmen der EUROPÄISCHEN UNION produzieren. Hiermit sind wir der Einsicht gefolgt, daß durch enge Verflechtung der Direktinvestitionen und fortschreitende Standortbereinigung die Beschränkung auf nationale Mitgliedschaften unzeitgemäß geworden ist.

VII

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die mit der wirtschaftlichen Globalisierung einhergehende Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung und die wachsende Integration in einigen Regionen der Welt für die In-

dustrieverbände ein neuartiges Operationsfeld abstecken.

Damit steigen die Anforderungen an die Qualität der Analyse internationaler Entwicklungen, an die Bereitschaft zu verbandsübergreifender Teamarbeit und an das Verständnis für die Folgen der Systemvernetzung durch Basistechnologien wie die Mikroelektronik.

Insgesamt erhöhen die komplexen Zusammenhänge das Gewicht der Industrieverbände bei der Beratung der nationalen Wirtschaftspolitik in Standortfragen. Der ZVEI stellt sich auf diese Aufgaben ein.